

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

INHALT

- | | |
|--|--|
| 1. Gemeindeverbände - aktuelle Informationen | 3. Neuerungen im Dienstrecht |
| 2. Verordnung der Landesregierung vom 26.11.2019 über die Führung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeinde-Haushaltsverordnung 2020) | 4. Gemeindeausgleichsfonds - Bedarfszuweisungen 2019 nach Verwendungszwecken |
| | 5. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner 2020 |
| | <i>Verbraucherpreisindex für November 2019 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

1.

Gemeindeverbände - aktuelle Informationen

Satzungen der Gemeindeverbände (Muster)

Gemäß § 140a Abs. 1 der Tiroler Gemeindeordnung (TGO) in der Fassung LGBl. Nr. 82/2019 haben auch die Gemeindeverbände nach den §§ 129 ff TGO die Bestimmungen der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015) ab dem Finanzjahr 2020 (Voranschläge und Rechnungsabschlüsse) anzuwenden. In diesem Zusammenhang wurde hinsichtlich der neuen Begrifflichkeiten der VRV 2015 das Satzungsmuster für Gemeindeverbände angepasst und im Portal Tirol eine aktualisierte Mustersatzung zur Verfügung gestellt.

Generell wird empfohlen, im Falle der Änderung der Vereinbarung und der Satzung von Gemeindeverbänden der Abteilung Gemeinden vor der Beschlussfassung in der Verbandsversammlung und in den Gemeinderäten der Verbandsgemeinden einen entsprechenden Entwurf zur Vorprüfung zu übermitteln.

Damit können nachfolgende Probleme, die allenfalls eine nochmalige Beschlussfassung notwendig machen, vermieden werden.

Besondere Bestimmungen für Gemeindeverbände aufgrund der Umstellung auf die VRV 2015

§ 93 Abs. 5 TGO - Übermittlung Voranschlag bzw. Veröffentlichungspflicht im Internet

Der von der Verbandsversammlung beschlossene Voranschlag ist in einfacher Ausfertigung (Papierausdruck) an die jeweilige Bezirkshauptmannschaft zu übermitteln. Zusätzlich ist in das Portal Tirol - Gemeindeanwendung - unter Erhebung GHD/GVB unter dem Vorgang GVB 2019 unter „Mitteilungen“ die elektronische Version des Voranschlags 2020 (pdf) zu importieren.

Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass die Bestandteile des Voranschlags gem. § 6 Abs. 9 VRV 2015, BGBl. II Nr. 313/2015 idgF, auf der Homepage des Gemeindeverbandes zu veröffentlichen sind.

Wenn der jeweilige Gemeindeverband keine eigene Homepage hat, ist der Voranschlag auf der Homepage der Sitzgemeinde des Gemeindeverbandes zu veröffentlichen.

§ 141 Abs. 3 TGO - Betriebsbeitrag und Abgangsdeckung der Gemeindeverbände

Die durch Einzahlungen nicht gedeckten Auszahlungen eines Gemeindeverbandes sind auf die ihm angehörenden Gemeinden entsprechend ihren in der Satzung festgelegten Anteilen jährlich aufzuteilen. Der Verbandsobmann hat den Gemeinden bis spätestens 31. Oktober die im folgenden Jahr zu entrichtenden Vorauszahlungen sowie nach dem Vorliegen des Rechnungsabschlusses unverzüglich die für dieses Jahr zu leistenden Beiträge schriftlich mitzuteilen. Aufgrund des Rechnungsabschlusses sich ergebende Guthaben sind auf die nächstfolgenden Vorauszahlungen bzw. auf den nächstfolgenden Beitrag anzurechnen.

Bei der Regelung, welchen Betrag die einzelnen Gemeinden an den Gemeindeverband zu leisten haben, wird auf die Liquiditätssituation des Gemeindeverbandes abgestellt. Dem Gemeindeverband soll es möglich sein, fällige Rechnungen fristgerecht zu begleichen.

§ 140a Abs. 2 TGO - Berechnung von Wertgrenzen für Gemeindeverbände

Aufgrund der fehlenden Erträge im Abschnitt 92 wurde für Gemeindeverbände eine eigene Bezugsgröße für die Berechnung von Wertgrenzen (siehe dazu die §§ 30 Abs. 1 lit. p, 84 Abs. 3, 95 Abs. 4, 123 Abs. 1 TGO) normiert. Die Bezugsgröße für die Berechnung von Wertgrenzen beträgt bei Gemeindeverbänden ein Zehntel der gesamten Erträge des Rechnungsabschlusses des Gemeindeverbandes des zweitvorangegangenen Jahres. In Bezug auf die Aufnahme von Kassenstärkern (zB in Form eines Kontokorrentkredits - siehe dazu § 84 Abs. 3 TGO) dürfen diese bei einem Gemeindeverband daher grundsätzlich in Summe den Gesamtbetrag eines Zehntels der gesamten Erträge (Einnahmen) des zweitvorangegangenen Jahres nicht übersteigen.

§ 140a Abs. 3 TGO - Informationspflicht der Gemeindeverbände in Bezug auf Haftungen

Es ist eine Informationspflicht der Gemeindeverbände an die verbandsangehörigen Gemeinden vorgesehen:

Der jeweilige Gemeindeverband hat den verbandsangehörigen Gemeinden bis zum 31. Jänner des dem Finanzjahr folgenden Jahres eine Aufstellung über den von der Gemeinde zu tragenden Anteil an den zum 31. Dezember aushaftenden Darlehen zu übermitteln.

Nach § 141 Abs. 2 TGO haften die einem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden Dritten gegenüber für Verbindlichkeiten des Gemeindeverbandes zur ungeteilten Hand (Solidarhaftung). Diese Solidarhaftungsverpflichtung sichert dem Gemeindeverband günstigere Finanzierungsbedingungen bei Banken und es bedarf keiner eigenen Bürgschaftsverträge als Finanzierungssicherheit. Aufgrund der Bestimmungen der VRV 2015 sowie deren Anlage 6r VRV 2015 haben Gemeinden einen Haftungsnachweis zu befüllen, in den auch diese Solidarhaftungen gegenüber Gemeindeverbänden aufgenommen werden.

Wie sich der von der Gemeinde zu tragende Anteil an den zum 31. Dezember aushaftenden Darlehen verteilt, ist der jeweiligen Satzung des Gemeindeverbandes zu entnehmen. Es ist daher notwendig, die Darlehen des Gemeindeverbandes aufgrund der Verteilungsschlüssel in der Satzung direkt einer Gemeinde anteilig zuzuordnen. Die jeweilige Gemeinde hat den anteiligen Betrag dann in den Haftungsnachweis aufzunehmen. Die Frist wird bis 31. Jänner des dem Finanzjahr folgenden Jahres festgelegt. **Erstmalig ist diese Informationspflicht im Jänner 2021 vorgesehen, damit die Gemeinden die Haftungswerte in den Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 2020 aufnehmen können.**

Beschlüsse der Verbandsversammlung - Kundmachung und Beschlussfähigkeit

Gemäß § 140 TGO gelten für die Organe der Gemeindeverbände die Bestimmungen der TGO über die Gemeindeorgane sinngemäß mit der Maßgabe, dass dem Gemeinderat die Verbandsversammlung, dem Bürgermeister der Verbandsobmann und dem Gemeindevorstand der Verbandsausschuss entspricht. Dementsprechend waren bereits bisher Sitzungen der Verbandsversammlung öffentlich, sofern nicht im Sinne des § 36 Abs. 3 TGO die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde. Mit der (neuen) Bestimmung des § 135 Abs. 4 TGO wurde nunmehr ausdrücklich klargestellt, dass Mitteilungen, Einladungen und Beschlüsse der Verbandsversammlung nach § 60 Abs. 1 TGO **an der Amtstafel des Gemeindeverbandes** (am Sitz des Gemeindeverbandes) kundzumachen sind.

In diesem Zusammenhang wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass gemäß § 36 Abs. 3 TGO (sinngemäße

Geltung für Gemeindeverbände) bei der Beratung und Beschlussfassung über den Voranschlag und den Rechnungsabschluss die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen werden darf und Beschlüsse der Verbandsversammlung, die entgegen dieser Bestimmung gefasst werden, **nichtig sind**.

Im Rahmen der aufsichtsbehördlichen Prüftätigkeit wurde in der Vergangenheit immer wieder festgestellt, dass in der Verbandsversammlung Beschlüsse gefasst wurden, die mangels entsprechender Beschlussfähigkeit nichtig waren. Es wird daher nochmals auf die Bestimmung des **§ 44 TGO** hingewiesen (sinngemäße Geltung für Gemeindeverbände), wonach die Verbandsversammlung nur beschlussfähig ist, wenn **mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend** ist.

Im Zusammenhang mit der Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss gemäß § 108 Abs. 2 TGO (sinngemäße Geltung für die Gemeindeverbände) ist zudem zu beachten, dass der (erste) Verbandsobmann-Stellvertreter den Vorsitz in der Verbandsversammlung während des Tagesordnungspunktes über den Rechnungsabschluss zu übernehmen hat und das Mandat des Verbandsobmannes durch sein Ersatzmitglied auszuüben ist.

Der Verbandsobmann hat Bericht zu erstatten, allfällige Fragen zu beantworten und während der Beratung und Beschlussfassung den Raum zu verlassen.

Im Falle, dass der Verbandsobmann nicht durch sein Ersatzmitglied vertreten wird, ist zu prüfen, ob dennoch die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

2.

Verordnung der Landesregierung vom 26.11.2019 über die Führung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeinde-Haushaltsverordnung 2020 - GHV)

Am 26. November 2019 hat die Tiroler Landesregierung eine Verordnung über die Führung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeinde-Haushaltsverordnung 2020 - GHV), beschlossen. Die Verordnung tritt mit 1. Jänner 2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gemeinde-Haushaltsverordnung 2012 - GHV, LGBl. Nr. 113/2012, außer Kraft.

Die GHV 2020 gilt für alle Gemeinden Tirols mit Ausnahme der Landeshauptstadt Innsbruck. Weiters gilt die Verordnung für die Gemeindeverbände aufgrund der §§ 129 ff Tiroler Gemeindeordnung 2001 sowie für die Bezirkskrankenhaus-Gemeindeverbände.

Allgemeines:

Auf Grundlage des § 16 Abs. 1 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 (F-VG), BGBl. Nr. 45/1948, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 51/2012, hat das Bundesministerium für Finanzen im Einvernehmen mit dem Rechnungshof mit Verordnung vom 19. Oktober 2015, BGBl. II Nr. 313/2015, die Voranschlags-

und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015) für Länder und Gemeinden erlassen. Mit BGBl. II Nr. 17/2018 erfolgte aufgrund notwendiger inhaltlicher und redaktioneller Anpassungen die erste Novelle zur genannten Verordnung. Die Bestimmungen der VRV 2015 sind nunmehr erstmalig für alle Städte und Gemeinden in Tirol ab dem Finanzjahr 2020 (Voranschläge und Rechnungsabschlüsse) einheitlich anzuwenden.

Die VRV 2015 sieht als Haushaltsgrundsatz die Veranschlagung und Rechnungslegung mittels eines integrierten Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalts vor. Dieses integrierte System der drei Haushalte stellt einen umfangreichen Systemwechsel in Bezug auf die derzeit geltenden Haushaltsbestimmungen dar. Ziel der VRV 2015 ist es, eine möglichst getreue, vollständige und einheitliche Darstellung der finanziellen Lage (Liquiditäts-, Ressourcen- und Vermögenssicht) aller Gebietskörperschaften sicherzustellen. Der Ergebnishaushalt (auf Basis von Erträgen und Aufwendungen) setzt sich aus dem Ergebnisvoranschlag und der Ergebnisrechnung, der

Finanzierungshaushalt (auf Basis von Einzahlungen und Auszahlungen) aus dem Finanzierungsvoranschlag und der Finanzierungsrechnung zusammen. Der Vermögenshaushalt ist zumindest als Vermögensrechnung zu führen. Das neue Drei-Komponenten-Rechnungswesen bringt für den Voranschlag und den Rechnungsabschluss einen neuen Aufbau und neue Inhalte mit sich und weist einen in sich geschlossenen Zusammenhang auf.

Die Gemeinde-Haushaltsverordnung enthält maßgebliche haushaltsrechtliche Bestimmungen für Gemeinden und Gemeindeverbände, die aufgrund des nunmehrigen Systemwechsels umfassend anzupassen waren. Einerseits handelt es sich dabei um formale Anpassungen von Begrifflichkeiten, die aufgrund der VRV 2015 systemrelevant sind.

Die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 1997 (VRV 1997) stellte begrifflich auf Einnahmen und Ausgaben ab. Demgegenüber verwendet die VRV 2015 - bedingt durch das Drei-Komponenten-Rechnungswesen - die Begriffe Mittelaufbringungen (Erträge und Einzahlungen) sowie Mittelverwendungen (Aufwendungen und Auszahlungen; vgl. etwa §§ 3 Abs. 2 und 3, 6 Abs. 7 VRV 2015). Daher wurden die entsprechenden Begriffe an die geänderte Terminologie der VRV 2015 angepasst. Weiters wurde der Begriff „Haushaltsjahr“ durch den Begriff „Finanzjahr“ ersetzt.

Andererseits handelt es sich bei den Änderungen in der GHV 2020 auch um inhaltliche Anpassungen, die aus Sicht der Transparenz sowie der Tätigkeit der Bürgermeister, Gemeinderäte sowie der Gemeindefaufsicht notwendig sind bzw. die aufgrund von Meldeverpflichtungen vorgegeben sind.

Zu den einzelnen Änderungen:

Zu § 1:

Auch beim Wechsel in der Person des Finanzverwalters muss eine Kassenprüfung nach den §§ 22 und 23 vorgenommen werden.

Zu § 2:

Die ordnungsgemäße Verbuchung der Mittelaufbringungen und Mittelverwendungen wurde bei den Aufgaben des Finanzverwalters ergänzt.

Zu den §§ 2, 6, 14, 15, 16, 17 :

Die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 1997 - VRV 1997 - stellte begrifflich auf Einnahmen und Ausgaben ab. Demgegenüber verwendet die VRV 2015 - bedingt durch das Drei-Komponenten-Rechnungswesen - die Begriffe Mittelaufbringungen (Erträge und Einzahlungen) sowie Mittelverwendungen (Aufwendungen und Auszahlungen). Daher sind die Begriffe Einnahmen und Ausgaben durch die in der VRV 2015 sowie in der TGO 2001 verwendeten Begriffe ersetzt worden.

Zu den §§ 3, 4, 5, 9:

Schon bisher waren für jede Vorschreibungsbuchung eine Zahlungsanordnung sowie ein Zahlungsbeleg erforderlich. Nun sollen die Begriffe weiter gefasst werden: für jede Buchung ist eine Anordnung notwendig und es muss jede Buchung durch einen Beleg begründet sein. Es sind also nicht nur zahlungswirksame Buchungen anzuordnen, sondern auch zahlungsunwirksame wie beispielsweise Abschreibungen, Rückstellungen oder Rechnungsabgrenzungen. Auch Stornobuchungen müssen angeordnet werden. Handelt es sich um eine zahlungswirksame Buchung, dann sieht die Gemeinde-Haushaltsverordnung zur Anordnung von Zahlungen zusätzliche Bestimmungen vor.

Zu den §§ 5, 16, 19:

Der Begriff Haushalts- bzw. Kalenderjahr wird durch den Begriff Finanzjahr ersetzt.

Zu § 5:

Der Begriff Kontonummer wird durch den Begriff Bankverbindung ersetzt; der Begriff Kreditinstitut wird durch den Begriff Bank ersetzt.

Zu § 6:

Der Begriff Kassenmittel wird durch den Begriff liquide Mittel ersetzt; der Begriff Kreditinstitut wird durch den Begriff Bank ersetzt.

Irrtümlich einer Kasse zugegangene Einzahlungen sind auf Sachkonten der nicht voranschlagswirksamen Gebahrung zu verbuchen. Siehe dazu auch die Bestimmungen nach § 12 Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung. Irrtümlich zugegangene Einzahlungen sind unverzüglich dem Empfangsberechtigten weiterzuleiten.

Zu § 7:

Die Bestimmung, dass die Zeichnungsbefugnis jeweils durch zwei Bedienstete gemeinsam (Kollektivzeichnung) auszuüben ist, wird in einem eigenen Absatz dem § 7 vorangestellt.

Zu § 9:

Die Verpflichtung, dass über jede Einzahlung, die durch Übergabe von Zahlungsmitteln entrichtet wird, dem Einzahler eine Einzahlungsbestätigung (Quittung) auszustellen ist, wird in der Form abgeändert, dass anfallende Kleinbeträge auch in Hilfsaufzeichnungen erfasst werden können und eine Quittung in diesem Fall nur auf Verlangen auszustellen ist.

Zu § 10:

Die Verwendung und Entgegennahme von Schecks als Zahlungsmittel ist unzulässig.

Zu den §§ 13, 14, 15, 16, 17, 22:

Der Begriff Zeitbuch (Journal) wird durch den Begriff Buchungsjournal ersetzt.

Zu § 16:

Die Ausführungen über die Sachkonten für die nicht voranschlagswirksame Gebarung werden begrifflich an die Vorgaben der VRV 2015 (siehe dazu § 12 VRV 2015) angepasst.

Zu § 19:

Die Bestimmungen über den Tagesabschluss (vorher § 15) werden mit jenen des Tages-, Monats- und Jahresabschlusses zusammengefasst.
Der Begriff Jahreskassenabschluss wird durch den Begriff Jahresabschluss ersetzt.

Zu § 20:

Für die Verwahrungsdauer der zur Buchhaltungsführung

notwendigen Unterlagen sind neben anderen Rechtsvorschriften auch die Aufbewahrungsfristen von Förderrichtlinien zu beachten.

Für in physischer Form eingebrachte, zur Buchhaltungsführung notwendige Unterlagen, entfällt die Aufbewahrungspflicht der Originalunterlagen in Papierform, wenn diese auf gesicherten elektronischen Datenträgern aufbewahrt werden.

Zu § 21:

Die Gemeindehaushaltsdaten des Finanzjahres sind der Landesregierung spätestens bis 15. April des dem Finanzjahr folgenden Jahres elektronisch mittels Gemeindehaushaltsdatenträger zu übermitteln. Die Übermittlung erfolgt dabei über die zur Verfügung gestellte Schnittstelle (Portal Tirol). Die Gemeindehaushaltsdaten dienen dazu, Meldeverpflichtungen, die in Form der Gebarungsstatistikverordnung normiert sind, erfüllen zu können.

Bis 15. April des dem Finanzjahr folgenden Jahres ist ein fehlerfreier Datenträger zu übermitteln. Warnmeldungen sind nach Möglichkeit zu korrigieren. Damit der Datenträger fehlerfrei übermittelt werden kann, ist zeitlich vorgelagert ein Testdatenträger zu übermitteln.

Das dabei erstellte Prüfungsprotokoll gibt Auskunft über Fehlermeldungen und Differenzen. Diese sind jedenfalls vor Beschlussfassung des Rechnungsabschlusses zu bereinigen. Vor der endgültigen Übermittlung des Datenträgers ist die Beschlussfassung durch den Gemeinderat (§ 108 TGO 2001) herbeizuführen.

Zu § 23:

Der Begriff Einnahmenrückstände wird durch den Begriff offene Forderungen ersetzt.

3.

Neuerungen im Dienstrecht

1. Nicht vollbeschäftigte Vertragsbedienstete - Begriffsdefinition

§ 49 G-VBG 2012 beinhaltet die besoldungsrechtlichen Auswirkungen für nicht vollbeschäftigte Vertragsbedienstete ohne diese Bedienstetengruppe näher zu definieren. Da dies in der Vollzugspraxis häufig zu Unsicherheiten führt, wird Folgendes festgehalten:

Zur Gruppe der nicht vollbeschäftigten Vertragsbediensteten gehören sowohl jene Vertragsbedienstete, die eine Teilzeitvereinbarung getroffen haben, als auch jene, deren Beschäftigungsausmaß herabgesetzt wurde. Das G-VBG 2012 umfasst folgende Arten der Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit: Die Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit zur Betreuung eines Kindes, aufgrund des Alters, zur Wiedereingliederung sowie im Rahmen der Familienhospiz. In diesem Zusammenhang bestehen Sonderbestimmungen in Bezug auf die Dienstleistung (§ 33 G-VBG 2012) sowie die Änderung und vorzeitige Beendigung der Herabsetzung (§ 34 G-VBG 2012). Zudem ist darauf zu achten, dass auch vereinzelt Sonderregelungen für Bedienstete mit einem herabgesetzten Beschäftigungsausmaß in anderen Bestimmungen des G-VBG 2012 bestehen (§§ 49a, 52, 92, 154).

Gemeinsames Merkmal aller Tatbestände zur Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit ist die Begrenzung auf einen durch das Gesetz klar bestimmten Zeitraum und der automatischen Rückkehr auf das ursprüngliche Beschäftigungsausmaß vor der Herabsetzung. Demgegenüber kann eine Teilzeitbeschäftigung unbeschränkt vereinbart werden, im Falle einer Änderung des Beschäftigungsausmaßes bedarf es jedoch der beiderseitigen Zustimmung. Sofern das Beschäftigungsausmaß des Vertragsbediensteten nicht aus einem der genannten Gründe herabgesetzt wurde, handelt es sich daher um eine sogenannte Teilzeitbeschäftigung.

2. Wiedereingliederungsteilzeit

Der Tiroler Landtag hat in seiner Sitzung vom 20.11.2019 eine Novelle zum Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 beschlossen. Mit dieser Novelle wurden Bestimmungen über die Möglichkeit der Herabsetzung der

regelmäßigen Wochendienstzeit zur Wiedereingliederung in das G-VBG 2012 aufgenommen. Durch die Einführung dieses Rechtsinstituts wurde nunmehr ein Rahmen für den Erhalt der Gesundheit von (Langzeit-)erkrankten Vertragsbediensteten geschaffen.

Bei der Wiedereingliederungsteilzeit handelt es sich um eine Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit. Diese kann mit einem Bediensteten, der mindestens sechs Wochen ununterbrochen vom Dienst verhindert (Unfall oder Krankheit) war und die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen (mindestens dreimonatiges Dienstverhältnis, Bestätigung über Dienstfähigkeit, etc.) erfüllt, auf dessen Ansuchen hin vereinbart werden. Der neu eingeführte § 32b G-VBG 2012 sieht dabei vor, dass die Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit im Ausmaß von mindestens 25 % und maximal 50 % möglich ist. Dabei darf die regelmäßige Wochendienstzeit von 30 % nicht unterschritten werden. Die Dauer der Wiedereingliederungsteilzeit ist mit einem vorgegebenen Rahmen von einem bis sechs Monaten begrenzt.

Neben dem aufgrund der Herabsetzung reduzierten Entgelt steht dem Bediensteten ein Wiedereingliederungsgeld aus Mitteln der Krankenversicherung zu. Zudem genießen die Vertragsbediensteten, mit denen eine Wiedereingliederungsteilzeit vereinbart wurde, eine besonders geschützte Position.

Sie dürfen beispielsweise im Unterschied zu anderen Vertragsbediensteten mit herabgesetztem Beschäftigungsausmaß nicht einmal zur Vermeidung eines Schadens über das vereinbarte Stundenausmaß hinaus zur Dienstleistung herangezogen werden. Weiters ist eine Änderung ihres Tätigkeitsfeldes nur zulässig, soweit dies keine Auswirkungen auf ihre Verwendung hat.

Mit Abs. 7 der neu eingeführten Bestimmung wurde darüber hinaus klargestellt, dass die Beendigung des Dienstverhältnisses während der Wiedereingliederungsteilzeit zu keiner Reduktion der Urlaubersatzleistung und der Abfertigung alt führt.

3. Jubiläumszuwendung Alt und Neu

Gegenstand der zitierten Novelle LGBl. Nr. 2/2020 war unter anderem auch die Neuregelung des Jubiläumsstichtages für Vertragsbedienstete in Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufen an Krankenanstalten sowie Altenwohn- und Pflegeheimen (Vertragsbedienstete im Entlohnungssystem Neu) sowie für alle anderen Vertragsbediensteten von Gemeinden und Gemeindeverbänden (Entlohnungssystem Alt).

Aufgrund eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom 1. März 2018, V 109/2017 wurde das mit der Novelle LGBl. Nr. 128/2018 zum Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 mit 1. Jänner 2020 geschaffene System betreffend die Jubiläumszuwendung erneut geändert. Für die einzelnen Bedienstetengruppen gelten daher mit Beginn des Jahres 2020 folgende Regelungen:

Für die im **Entlohnungssystem alt** verbleibenden Vertragsbediensteten sollen die bisherigen Bestimmungen aufrecht bleiben, sodass sich für diese Bedienstetengruppe keine Änderung ergibt. Diese Jubiläumsstichtage bleiben weiterhin bestehen. Für neueintretende Bedienstete im Altsystem sind die bisherigen Berechnungsregelungen für den Jubiläumsstichtag weiter anzuwenden. Darüber hinaus soll im § 65 Abs. 3 für die Bediensteten im Entlohnungssystem alt eine Klarstellung bezüglich Vordienstzeiten, die bei einer anderen inländischen Gebietskörperschaft oder bei einer den angeführten Einrichtungen vergleichbaren Einrichtung nach § 44 Abs. 9 erworben wurden, erfolgen. Ziel des Abs. 3 ist der Ausschluss einer doppelten Berücksichtigung von Dienstzeiten. Die Gemeinde hat daher zu prüfen, ob gleichzeitig ein weiteres (zumeist unbefristetes) Dienstverhältnis zu einer anderen Gebietskörperschaft vorliegt und ob in diesem Dienstverhältnis eine vergleichbare Jubiläumszuwendung gewährt wurde oder zeitgleich zu gewähren ist. Damit soll eine doppelte Generierung von Jubiläumszuwendungen verhindert werden.

Die Vertragsbediensteten in Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufen, deren Dienstverhältnis nach dem 31.12.2019 begründet wird und die somit dem **Entlohnungssystem neu** unterliegen, werden den Landesbediensteten im Entlohnungssystem neu

gleichgestellt. Für die Berechnung der Dienstzeit sind für diese Bediensteten im Rahmen der Berechnung des Jubiläumsstichtages die im bestehenden oder in früheren Dienstverhältnissen zur Gemeinde bzw. zum Gemeindeverband zurückgelegten Zeiten anzurechnen, wobei Zeiten eines nur zu Praktikums- oder Ausbildungszwecken begründeten Dienstverhältnisses außer Betracht bleiben. Zeiten zu anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden bleiben ebenfalls außer Betracht.

Für jene Vertragsbediensteten, die aufgrund ihrer Optionserklärung ins neue Besoldungssystem überführt wurden, gilt der bisherige Jubiläumsstichtag weiter.

4. Altersteilzeit - Einvernehmliche Auflösung des Dienstverhältnisses

Die Vereinbarung über die Gewährung einer Altersteilzeit nach § 32a Abs. 2 G-VBG 2012 wird dahingehend ergänzt, dass neben dem Beginn, der Dauer, der Lage und des Ausmaßes der Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit, sowie der Verpflichtung der Gemeinde über die Leistung der Sozialversicherungsbeiträge entsprechend der Beitragsgrundlage vor Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit auch die einvernehmliche Auflösung des Dienstverhältnisses mit der Beendigung der Altersteilzeit und deren Unvereinbarkeit im Falle der vorzeitigen Beendigung der Altersteilzeit zu vereinbaren ist. Bestehende Altersteilzeitvereinbarungen bleiben unverändert aufrecht.

5. Sabbatical - Anpassung in Bezug auf die Kinderzulage und Jubiläumszuwendung

Der Tiroler Landtag hat in seiner Sitzung vom 20.11.2019 auch die Regelungen zum Sabbatical im § 49b G-VBG 2012 angepasst. Die Kinderzulage wurde bei den entgeltlichen Auswirkungen des Sabbatical ausgenommen. Damit gebührt die Kinderzulage nicht nur während der Dienstleistungszeit sondern auch während der Zeit der Freistellung so, als wäre kein Sabbatical vereinbart worden. Zusätzlich wurde klarstellend geregelt, dass auch der Anspruch auf eine allfällige Jubiläumszuwendung unabhängig von der Vereinbarung eines Sabbaticals und somit auch während der Freistellungszeit gebührt. Die diesbezüglichen Neuerungen treten rückwirkend mit dem Zeitpunkt der erstmaligen Einführung des Sabbatical mit 1. September 2016 in Kraft und sind dementsprechend jenen Bediensteten, die bereits ein Sabbatical nach § 92a G-VBG 2012 vereinbart haben, rückwirkend zu gewähren.

6. Auflösungsabgabe - Abschaffung zum 01.01.2020

Die Verpflichtung zur Leistung einer Auflösungsabgabe nach § 2b des Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 315/1994, wurde mit 31.12.2019 außer Kraft gesetzt.

7. Landesbeamtenengesetz-Novelle: Auswirkung auf Gemeindebeamte (Urlaubersatzleistung)

Aufgrund des Verweises im § 30 Abs. 1 Gemeindebeamtenengesetz 1970 - GBG, LGBl. Nr. 9/1970, gelten für die Besoldungsansprüche der Gemeindebeamten die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften für Landesbeamte sinngemäß. Mit der Landesbeamtenengesetz-Novelle, LGBl. Nr.136/2019, wurde eine Bestimmung zur Urlaubersatzleistung geschaffen, wenn im Fall des Ausscheidens aus dem Dienststand der Erholungsurlaub nicht zur Gänze verbraucht wurde und der Beamte dies nicht zu vertreten hat.

8. Medizinische Laientätigkeit für Vertragsbedienstete in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen

Kinderbetreuungseinrichtungen (Kinderkrippen, Kindergärten, Schülerhorte) und Schulen sind immer häufiger mit Kindern mit chronischen Erkrankungen, schweren Allergien oder anderen gesundheitlichen Belastungen konfrontiert. Für viele betroffene Kinder stellt die Unterstützung durch Betreuungspersonen in diesen Einrichtungen eine unverzichtbare Voraussetzung dar. Dabei stellen sich die Fragen, welche Tätigkeiten Betreuungspersonen im Rahmen der Dienstpflicht erbringen müssen, was freiwillig getan werden kann, was einer Übertragung bzw. Einschulung durch eine Ärztin bzw. einen Arzt bedarf und was im Notfall zu beachten ist.

Im Wesentlichen werden drei Situationen unterschieden, die infolge näher beschrieben werden:

a) Lediglich auf Allgemeinwissen beruhende Tätigkeiten, die jeder medizinische Laie erbringen darf.

Prinzipiell können den Betreuungspersonen all jene Tätigkeiten abverlangt werden, die Durchschnittsmenschen (d.h. die Judikatur erhebt kein Idealbild zum Maßstab) ohne besondere Einschulung durchführen können.

Solche Tätigkeiten sind zum Beispiel:

- das Überwachen der selbstständigen Medikamenteneinnahme des Kindes,
- das Herbeiholen von ärztlicher Hilfe,
- das Erinnern des Kindes an die Blutzuckermessung oder
- das Erinnern des Kindes an die Jauseinnahme bei Diabeteserkrankung.

Die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten haben alles dazu Notwendige (Medikamente, Jause, Blutzuckermessgerät etc.) bereitzustellen und entsprechend zu warten. Eine regelmäßige Kommunikation zwischen Eltern bzw. Erziehungsberechtigten, Kind und Betreuungspersonen ist erforderlich.

b) Ärztliche Tätigkeiten, die einer Übertragung durch eine Ärztin/einen Arzt gemäß § 50a Ärztegesetz 1998 bedürfen.

Chronisch kranke Kinder kommen mit ihrer Krankheit häufig selbst gut zurecht, benötigen jedoch manchmal routinemäßige pflegerische und/oder medizinische Betreuung.

Wenn es sich dabei nicht um lediglich auf einem Allgemeinwissen beruhende Tätigkeiten handelt, die jeder medizinische Laie erbringen darf, besteht gemäß § 50a Ärztegesetz 1998 die Möglichkeit der Übertragung einzelner ärztlicher Tätigkeiten an Laien.

Gemäß dieser Regelung kann eine Ärztin bzw. ein Arzt (niemals aber die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten der betroffenen Kinder) im Einzelfall einzelne ärztliche Tätigkeiten nach vorhergehender Anleitung und Unterweisung übertragen:

- an Angehörige der Patientin bzw. des Patienten,
- an Personen, in deren Obhut die Patientin bzw. der Patient steht oder
- an Personen, die zur Patientin bzw. zum Patienten in einem örtlichen und persönlichen Naheverhältnis stehen - und somit an medizinische Laien, wie auch an Betreuungspersonen.

Solche Tätigkeiten sind zum Beispiel:

- aktive Medikamentenverabreichung an das Kind,
- Blutzuckermessung beim Kind,
- aktive Handlungen an der Insulinpumpe,
- Handlungen an der Ernährungssonde.

Die Übertragung kann z.B. von einer Ärztin bzw. einem Arzt der betreuenden Krankenhausabteilung, der betreuenden Fachärztin bzw. dem betreuenden Facharzt, der betreuenden Ärztin für Allgemeinmedizin bzw. dem betreuenden Arzt für Allgemeinmedizin durchgeführt werden. Die Entscheidung, ob die ärztliche Tätigkeit an eine Betreuungsperson und somit an eine Person, in deren Obhut die Patientin/der Patient steht, übertragen werden kann, liegt alleine bei der Ärztin bzw. beim Arzt. Die Betreuungsperson hat das Recht, die Übernahme der ärztlichen Tätigkeit/en abzulehnen. Auf die Möglichkeit der Ablehnung hat die Ärztin bzw. der Arzt gesondert hinzuweisen. Die Übernahme von Tätigkeiten gemäß § 50a Ärztegesetz 1998 erfolgt somit ausnahmslos freiwillig. Eine Weisung, sich für die damit verbundenen Aufgaben zur Verfügung zu stellen, können Vorgesetzte den Betreuungspersonen nicht erteilen. Ebenso hat das betroffene Kind bzw. haben deren Erziehungsberechtigte der Übertragung zuzustimmen.

Bei Übertragung einer ärztlichen Tätigkeit nach § 50a Ärztegesetz obliegt der Ärztin bzw. dem Arzt die Anordnungsverantwortung. Der Person, die die Durchführung der ärztlichen Tätigkeit übernimmt, obliegt grundsätzlich die Durchführungsverantwortung, d.h. die Verantwortung für die sach- und anordnungsgemäße Durchführung der delegierten Tätigkeiten. Wenn Fragestellungen auftauchen, die den Wissensstand des medizinischen Laien überschreiten, ist jedoch in jedem Fall die Ärztin bzw. der anordnende Arzt zu kontaktieren. Übernimmt ein medizinischer Laie die Durchführung einer ärztlichen Tätigkeit, obwohl sie bzw. er weiß oder bei gehöriger Aufmerksamkeit hätte wissen müssen, dass sie bzw. er die Tätigkeit nicht entsprechend der im Einzelfall gebotenen Sorgfalt durchführen kann, so muss sie bzw. er dieses Verhalten verantworten (sogenannte Einlassungs- und Übernahmefahrlässigkeit).

Es ist davon auszugehen, dass Eltern bzw. Erziehungsberechtigte die erforderlichen Geräte bzw. Medikamente bereitstellen und für eine entsprechende Wartung der Geräte sorgen. Eine regelmäßige Kommunikation aller Beteiligten (Kind, Eltern bzw. Erziehungsberechtigte, Betreuungspersonen, Arzt/Ärztin, die bzw. der die Übertragung vornimmt, ...) ist erforderlich. Ein allfälliger Rücktritt von der übertragenen ärztlichen Tätigkeit hat so zu erfolgen, dass

es zu keiner Gesundheitsgefährdung des betreffenden Kindes kommt.

Wenn eine ärztliche Übertragung im oben genannten Sinn stattgefunden hat, so zählt auch diese Tätigkeit zu den Dienstpflichten der Betreuungsperson. Auf die Möglichkeit der Ablehnung wird jedoch besonders hingewiesen.

c) **Richtiges Handeln im Notfall**

Es dürfen auch durch Betreuungspersonen im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeiten Kindern gegenüber medizinische Tätigkeiten erbracht werden, wenn es sich um einen Notfall handelt. Hintergrund für diese Verpflichtung ist § 95 StGB (Unterlassung der Hilfeleistung). Die Verpflichtung zur Hilfeleistung im Notfall trifft alle Personen -- Betreuungspersonen bilden in diesem Zusammenhang keine Ausnahme. In Notfällen steht Laien ohne Verstoß gegen die Rechtsordnung ein weites Spektrum an Tätigkeiten der Ersten Hilfe zu, wobei die konkret gesetzten Maßnahmen vom Wissen und den Fertigkeiten des Laien als Ersthelfer abhängen. Bei Notfällen wird die Grenze der Erste-Hilfe-Leistung dort zu sehen sein, wo sich der Laie für nicht mehr fähig hält, die Tätigkeit durchzuführen bzw. ihm diese nicht zumutbar ist. Werden Betreuungspersonen im Rahmen eines Notfalls aktiv, kommen sie der sich aus § 95 StGB ergebenden Verpflichtung zur Hilfeleistung nach.

Wird in einem Notfall nicht gehandelt, obwohl ein Eingreifen zum Vermeiden einer schweren Beeinträchtigung des Kindes zumutbar gewesen wäre, besteht das Risiko der unterlassenen Hilfeleistung nach § 95 StGB. Das Versagen der zumutbaren und erforderlichen Hilfeleistung in Notfällen stellt einen Straftatbestand dar. In aller Regel ist das Untätigbleiben oder das unzureichende Ergreifen von zur Verfügung stehenden Maßnahmen deutlich riskanter als in einem Notfall zu reagieren und dabei möglicherweise Fehler zu machen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass auch bei bzw. nach Gabe einer Notfallmedikation die Rettung bzw. die Ärztin oder der Arzt zu verständigen sind.

Was unter offensichtlich erforderlicher Hilfe zu verstehen ist, ist situationsabhängig. Das bloße Herbeirufen von ärztlicher Hilfe ist jedenfalls nicht ausreichend, wenn für die Betreuungsperson erkennbar ist, dass die Hilfe nicht rechtzeitig eintreffen wird und ihr weitere Maßnahmen

der Ersten Hilfe zur Verfügung stehen. Im Alltag in der Kinderbetreuung handelt es sich beispielsweise um im Notfall zu setzende medizinische Maßnahmen wie die Verabreichung einer/eines vor Ort verfügbaren Notfallinjektion oder Notfallmedikaments, z.B. bei

- schwerer allergischer Reaktion,
- massiver Unterzuckerung oder
- (nicht nach wenigen Minuten zu Ende kommenden) epileptischen Anfällen.

Führt z.B. ein unter Epilepsie leidendes Kind ein ärztlich verordnetes Notfallmedikament mit sich, über das die Betreuungspersonen informiert sind, sind diese verpflichtet, sich vorsorglich über dessen Handhabe zu informieren. Sich in dieser Angelegenheit vorab kundig zu machen, um für eine eventuell eintretende Stresssituation besser gerüstet zu sein, ist Teil der Obliegenheiten im Sinn der einschlägigen dienstrechtlichen Regelungen.

Es ist die Pflicht der Erziehungsberechtigten, die Kinderbetreuungseinrichtung über die Erkrankung sowie über alle zeitlichen und ablaufmäßigen Vorgaben einer allenfalls zu treffenden Notfallmaßnahme zu informieren. Diese Informationspflicht ergibt sich aus § 160 Abs. 1 ABGB.

Ein Notfallmedikament ist immer nur jener Person zu

verabreichen, für die das Medikament im Vorfeld bestimmt ist. Das Verabreichen an eine andere Person mit scheinbar ähnlicher Notfallsymptomatik ist einem medizinischen Laien nicht zumutbar.

Erfahren die Betreuungspersonen von einer Allergie oder Erkrankung eines Kindes, deren Ausbrechen ohne unverzügliche medizinische Hilfeleistungen zu groben gesundheitlichen Schäden und, im schlimmsten Fall, zum Ableben führen kann (wie z.B. bei einer schweren Bienenstich-Allergie oder einem nicht nach wenigen Minuten zu Ende kommenden epileptischen Anfall), wird empfohlen, dass die Betreuungspersonen:

- unverzüglich mit den Erziehungsberechtigten Kontakt aufnehmen,
- sich so rasch wie möglich über die Vorgehensweise bei der aktuellen Notfallsituation informieren und
- sich von einer Ärztin bzw. einem Arzt über die Verabreichung des Notfallmedikaments einschulen lassen.
- Es muss gewährleistet sein, dass immer eine Person anwesend ist, die das Notfallmedikament erforderlichenfalls verabreichen kann.

Entsprechende Formulare zu diesem Thema finden Sie auf der Homepage des Landes Tirol/Abt. Landessanitätsdirektion.

4. Gemeindeausgleichsfonds - Bedarfszuweisungen 2019 nach Verwendungszwecken (in Euro)

Bezirk	EWZ per 31.10.2017	Kranken- häuser	Volksschulen	HS, NMS, SPZ, PTS	Abwasser- beseitigung	Wasser- versorgung	Katastrophen- schäden, Wildbach- und Lawinen- verbauung	Straßen- Wege Brücken	Gemeinde- und Mehrzweck- häuser	Wohn- und Pflegeheime	Kinder- betreuung	Feuerwehr- zwecke	Sonstige Zwecke	Gesamt
Bezirk Imst	59.346	776.000	2.003.000,00		400.000,00	60.000,00	197.000,00	1.240.000,00	435.000,00	1.127.000,00	1.512.523,00	559.000,00	1.118.056,00	9.427.579
Bezirk Innsbruck-Land	177.605		3.210.000,00	3.248.850,00	268.000,00	2.034.000,00	742.200,00	3.391.000,00	2.515.000,00	1.466.000,00	2.858.349,00	808.250,00	3.280.539,00	23.822.188
Bezirk Innsbruck-Stadt	132.224											82.000,00	10.000.000,00	10.082.000
Bezirk Kitzbühel	63.608	632.100	858.000,00		70.000,00		510.700,00	2.204.000,00	100.000,00	790.000,00	909.945,00	356.400,00	726.719,00	7.157.864
Bezirk Kufstein	108.316	752.900	2.079.200,00	425.000,00	70.000,00	20.000,00		2.042.500,00	1.075.000,00	382.500,00	1.951.691,00	991.500,00	785.759,00	10.576.050
Bezirk Landeck	44.227	616.000	1.270.000,00	10.000,00		380.000,00	294.300,00	1.713.000,00	765.000,00	1.056.000,00	624.454,00	722.000,00	1.035.000,00	8.485.754
Bezirk Lienz	48.858	1.200.000	835.000,00	115.000,00	481.000,00	44.500,00	642.900,00	4.142.000,00	1.388.000,00		249.321,00	271.000,00	4.179.971,00	13.548.692
Bezirk Reutte	32.502	40.000	930.000,00	350.000,00	459.000,00	581.000,00	664.000,00	2.028.000,00	693.000,00		400.000,00	290.800,00	2.621.300,00	9.055.100
Bezirk Schwaz	83.167	1.586.600	1.230.000,00	110.000,00		1.202.000,00	75.000,00	3.464.000,00	1.495.080,00	1.998.332,00	1.405.968,00	807.380,00	2.491.900,00	15.866.260
Förderung des Baues von öffentlichen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen														5.038.944,00
Gesamtsumme	749.853	5.603.600	12.415.200	4.258.850	1.748.000	4.321.500	3.126.100	20.222.500	8.466.080	6.819.832	9.912.251	4.888.330	26.239.244	113.060.431

5. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner 2020

Ertragsanteile an	2019	2020	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	12.386.870	14.517.131	2.130.261	17,20
Lohnsteuer	25.469.751	25.391.658	-78.093	-0,31
Kapitalertragsteuer	1.127.169	989.546	-137.623	-12,21
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	636.249	450.156	-186.093	-29,25
Körperschaftsteuer	21.842.512	22.102.713	260.202	1,19
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	5.167	160	-5.007	-96,90
Stiftungseingangssteuer	17.530	1.689	-15.842	-90,37
Bodenwertabgabe	177.749	136.691	-41.059	-23,10
Stabilitätsabgabe	82.144	122.527	40.383	49,16
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	61.745.140	63.712.270	1.967.130	3,19
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	19.574.896	21.856.193	2.281.297	11,65
Tabaksteuer	1.726.528	1.721.849	-4.678	-0,27
Biersteuer	234.745	160.936	-73.809	-31,44
Mineralölsteuer	4.247.669	4.210.886	-36.783	-0,87
Alkoholsteuer	133.929	119.594	-14.335	-10,70
Schaumweinsteuer	16.027	10.845	-5.182	-32,33
Kapitalverkehrsteuern	868	450	-418	-48,13
Werbeabgabe	108.452	101.096	-7.356	-6,78
Energieabgabe	1.321.713	828.950	-492.763	-37,28
Normverbrauchsabgabe	324.275	400.139	75.864	23,40
Flugabgabe	58.408	61.700	3.291	5,63
Grunderwerbsteuer	10.047.957	10.344.100	296.143	2,95
Versicherungssteuer	740.353	864.943	124.590	16,83
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.919.068	1.889.766	-29.302	-1,53
KFZ-Steuer	121.580	122.924	1.344	1,11
Konzessionsabgabe	261.570	265.587	4.017	1,54
Summe sonstige Steuern	40.838.037	42.959.957	2.121.920	5,20
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Gesamtsumme	102.583.178	106.672.228	4.089.050	3,99

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR NOVEMBER 2019 (vorläufiges Ergebnis)		
	Oktober 2019 (endgültig)	November 2019 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	107,2	107,4
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	118,7	118,9
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	129,9	130,2
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	143,6	143,9
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	151,2	151,4
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	197,7	198,0
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	307,2	307,8
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	539,2	540,2
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	687,0	688,3
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	689,3	690,6
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat November 2019 beträgt 107,4 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für den Vormonat Oktober 2019 um 0,2 Punkte gestiegen (Oktober 2019 gegenüber September 2019 + 0,2 Punkte). Gegenüber November 2018 ergibt sich eine Steigerung um 1,2 Punkte (+ 1,1 %), für Oktober 2019/2018 um 1,2 Punkte (+ 1,1 %).</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck